IV. Jahrg. / Nr. 76 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. **Abend-Ausgabe** Dienstag, den 15. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12579 — Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal. — Expedition und Inseratenannahme: Berlin S14 Stallschreiberstraße 34 35 (Telefon: Moritzplatz 13579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.— Mk. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 10.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., als Brief 30.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.50 Mk., als Brief 50.— Mk; bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 8gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk. Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Warum besteht für denkende Arbeiter am 20. Februar Wahlpflicht?

Weil Millionen kommunistischer Stimmen die arbeitenden Massen Deutschlands aufrufen müssen, zu erwachen und sich zum Kampfe zusammenzuschließen.

Weil Millionen kommunistischer Stimmen den heldenmütigen, unsägliche Opfer bringenden russischen Proletariern und den kämpfenden Proletariern aller anderen Länder zeigen müssen, daß auch in Deutschland der Wille zur Revolution unaufhaltsam wächst.

Weil jeder Hand- und Kopfarbeiter durch Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels zeigt, daß er den parlamentarischen Volksbetrug durchschaut und nur noch vom Kampfe der Massen und vom Sieg der Revolution Rettung erwartet.

Weil jede kommunistische Stimme den kapitalistisch-parlamentarischen Volksbetrug erschwert und die Aufklärung breiter Massen, die noch immer vom Parlament Besserung erhoffen, erleichtert.

Weil die Reaktion hofft, gestützt auf eine ausgesprochen reaktionäre Mehrheit, ein ähnliches Weißgardistenregiment wie in Bayern auch in Preußen als vom „Volkswillen" gefordert, führen zu können.

Weil die Wahl Gelegenheit bietet, den rechtssozialistischen und unabhängigen Saboteuren der proletarischen Einheitsfront zu Bewußtsein zu bringen, wie viele Arbeiter durch Not und Elend und Gefahr der Arbeitslosigkeit gezwungen, bereits einsehen, daß eine geschlossene Abwehr und Angriffsfront geschaffen werden muß.

Weil die kommunistische Stimme ein Bekenntnis ist:

Gegen den mörderischen Kapitalismus — Für den befreienden Sozialismus der Tat

Gegen den verräterischen Reformismus — Für die deutsche Revolution

Gegen die 2. und 2½ Internationale — Für die 3. Internationale

Für die Weltrevolution.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Benützt den Wahltag, um der kapitalistischen Gesellschaft und ihren erbärmlichen Helfershelfern Euren drohenden Kampfruf entgegenzuschleudern, indem Ihr kommunistisch wählt.

Vor der Londoner Konferenz

(T.U.) Amsterdam, 15. Februar.

In Paris drängt man, die Londoner Konferenz um 21. Februar zu beginnen, auch wenn die Delegation Mustapha Kemals nicht rechtzeitig eintrifft. Was die Erfüllung der Verpflichtungen angeht, so bleibt man durchaus bereit, die deutsche Delegation in London anzuhören. Man glaubt, daß diese darauf ausgehen wird, Deutschland die Erlaubnis zur Aufnahme einer internationalen Anleihe zu erwirken, wobei die englischen, amerikanischen und neutralen Finanzleute durch deutsche Bergwerke, Eisenbahnen und einzelne industrielle Unternehmungen gesichert werden müßten.

Zu den polnisch-russischen Verhandlungen

Der polnische Finanzminister in Riga

(O.E.) Riga, 14. Februar.

Gestern ist der polnische Finanzminister Steczkowski in Riga eingetroffen. In den nächsten Tagen wird auch der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrats der Sowjetrepublik, Lomow, mit einigen neuen Sachverständigen in Riga erwartet. Von dem Zusammentreffen dieser neuen wirtschaftlichen Unterhändler von polnischer und russischer Seite erhofft man eine Beschleunigung des Gangs der Rigaer Verhandlungen. Ein neugebildeter Sonderausschuß für die Fragen des Transitverkehrs durch polnisches Gebiet, dem von russischer Seite große Bedeutung beigemessen wird, hat seine Arbeit begonnen.

Die Verhandlungen Rumäniens mit Sowjetrußland

(T.U.) Paris, 15. Februar.

Der Bukarester Spezialkorrespondent des Temps meldet: Auf eine Anfrage im Senat bezüglich der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland antwortete Take Jonescu, der Minister des Auswärtigen Rumäniens, wie folgt: Aus den letzten Radiotelegrammen, welche zwischen Bukarest und Moskau gewechselt wurden, geht hervor, daß die Sowjets die rumänische Anschauung anerkennen, der zufolge kein Kriegszustand zwischen beiden Ländern besteht, die somit in Frieden miteinander leben. Die Sowjetregierung hat Rumänien vorgeschlagen, wegen der Regelung gewisser Fragen, die wirtschaftliche Angelegenheiten, wie z. B. die Schiffahrt auf dem Dnjestr, betreffen, beiderseits je einen Delegierten zu ernennen. Die beiden Delegierten werden zusammen ein Programm der Fragen aufstellen, welche zwischen beiden Ländern diskutiert werden sollen. Das ist die letzte Phase der Verhandlungen.

Der weiße Terror in Rumänien

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Wien, 14. Februar.

Die Regierung des Generals Averescu in Rumänien ist eifrig bemüht, alle Methoden der ungarischen Terroristen auch in Rumänien anzuwenden. Nicht weniger als 5000 Prozesse gegen Arbeiter, die beschuldigt werden, sich an dem Generalstreik in Rumänien beteiligt zu haben, werden in der nächsten Zeit verhandelt werden. Eine ganze Reihe revolutionärer Arbeiter sitzt ihrer Gesinnung wegen in Verwahrungshaft. Todesurteile sind an der Tagesordnung, Folterungen von Verhafteten sind alltäglich und viele sterben an Krankheiten. Kürzlich verurteilte das Militärgericht des zweiten Armeekorps den sozialistischen Journalisten Jakob Wiener wegen Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates zum Tode. Auch der Sekretär der Gewerkschaften J. Bergmann in Siebenbürgen ist mit zwei Schriftstellern namens Freier und Lapin verhaftet worden. Bergmann wurde zum Tode, die beiden Schriftsteller zu je zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die freigesprochenen Arbeiter können nicht heimkehren, sondern werden in Arbeiterbataillone der rumänischen Armee eingereiht, wo sie wie Verbrecher behandelt werden.

Der Kongreß der 2½ Internationale

Serrati geht nicht nach Wien

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Wien, 14. Februar.

Der Wiener Berichterstatter des „Daily Herald" teilt in seinem Blatte anläßlich der Vorberatungen zum Wiener sozialistischen Kongreß mit: Dr. Fritz Adler erzählte mir heute, daß 100 Vertreter gemeldet sind und daß der Kongreß wenigstens fünf Tage dauern wird. Dr. Adler ist soeben von einem kurzen Ausflug aus Mailand zurückgekehrt, wo, wie ich höre, versucht wurde, Serrati zu bewegen, daß er seine Gruppe der neuen Internationale anschließe. Serrati antwortete, daß das Schicksal seiner Partei untrennbar mit der 3. Internationale verbunden sei und daß er die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Mailand und Moskau als vorübergehend betrachte.

Für den französischen Sozialismus, die Kommunisten selbstverständlich ausgenommen, werden Longuet und Faure erwartet, aber nicht Renaudel. Außer den Gruppen, die ursprünglich ihre Teilnahme angemeldet haben, hat keine bedeutende Partei die Einladung angenommen. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Konferenz die geographische Tatsache bestätigen wird, daß Wien dreimal so weit von Moskau entfernt ist als von Bern.

Vertagung des Prozesses Hiller

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurde der Prozeß auf Donnerstag vertagt, um den als Zeugen geladenen Dr. Nowak herbeizuschaffen, dessen Fehlen am vorhergehenden Tage kaum bemerkt wurde. Die Vertagung, die der Staatskasse eine große Kostenlast auferlegt, ist auf Veranlassung des Gerichts erfolgt. Staatsanwalt und Verteidiger haben dem Vorsitzenden zugestimmt, der sofort zu Beginn der Verhandlung erklärte, daß er die Anwesenheit des Dr. Nowak, der seinerzeit Bataillonsarzt bei der Truppe Hillers gewesen ist, für unbedingt notwendig halte. Dr. Nowak soll bekunden, ob Helmhake nicht an seiner Krankheit ohnehin gestorben wäre, daß somit die Behandlung, die er von Hiller erfahren hat, nicht die eigentliche Todesursache war. Wir werden auf die prozessuale Bedeutung dieses Zwischenfalls noch zurückkommen.

Eisenbahnerstreik in Indien

(T.U.) Bombay, 15. Februar.

Ungefähr 5500 Arbeiter der Betriebe der mittelindischen Eisenbahn von Bombay nach Bayada haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Lohnzulage.

Das Treiben des A.D.G.B. in Halle

Die „Freiheit" unterstützt den A.D.G.B.

Wir haben in der Sonnabend-Morgenausgabe über das gemeingefährliche Treiben des A.D.G.B. in Halle berichtet und auszugsweise das Schreiben wiedergegeben, das der A.D.G.B. an seine Parteifreunde in Halle gerichtet hat. Die „Freiheit" äußert sich zu diesem Fall. Sie spricht davon, daß bei den Hallescher Gewerkschaften Zustände seien, bei denen jedem die Haare zu Berge stehen müßten. Dort seien die „Organisationen der Arbeiterklasse zu Radauklubs ohne jeden praktischen Sinn" herabgewürdigt. Sie faselt davon, daß die Kommunisten alle Kräfte in Halle konzentriert und so den A.D.G.B. gezwungen hätten, in der Abwehr den Hebel ebenfalls in Halle anzusetzen. „Mit vollem Recht!" fügt die „Freiheit" hinzu, um nachher noch einmal ausdrücklich zu bemerken: „Der A.D.G.B. habe mit diesem Vorgehen nur seine Pflicht erfüllt," denn es sei Pflicht der Zentralvorstände, gegen die Verschleuderung der Vermögensmittel der Gewerkschaften durch die Beauftragten einer kleinen Minderheit einzuschreiten.

Um zu ermessen, auf welch unsagbar erbärmlichen Niveau die „Freiheit" angelangt ist, wollen wir aus dem Protokoll über die Sitzung vom 10. Februar noch einige Auszüge veröffentlichen:

Wie wir bereits kurz berichteten, fand am Donnerstag auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände von Halle statt. In ihr übernahm der Rechtssozialist Hesse, ohne die Anwesenden zu fragen, die Leitung der Versammlung. Es setzte sofort eine heftige Geschäftsordnungsdebatte ein, in deren Verlauf Genosse Weyer verlangte, daß erst festgestellt wird, wer das Recht hat, an der Sitzung teilzunehmen. Er machte darauf aufmerksam, daß aus seiner Gewerkschaft (Deutscher Metallarbeiterverband) zwei Kollegen anwesend seien, die nicht Karteldelegierte sind. Es ist aber anwesend der rechtssozialistische Landrat Thiele, von mehreren Zentralvorständen Hauptvorstandsmitglieder sowie viele fremde Personen, im ganzen nahezu 200 Anwesende. Genosse Weyer verlangte Prüfung der Mandate, und verwies darauf, daß der Kartellvorstand zu Recht besteht und die Leitung dieser Konferenz haben solle. Hesse und Schulz lehnten das ab mit der Begründung, der A.D.G.B. habe hier einen Kartellvorstand kommissarisch eingesetzt.

Genosse Bachmann gab folgende Erklärung:

„Der Revierwirtschaftsrat Halle lehnt den Beschluß der Kartellsitzung vom 25. Januar 1921 ab, da eine Umstellung der VAO. demnächst erfolgt. Der Kartellvorstand hat sich diesen Beschluß zu eigen gemacht und wird ihn in der nächsten Kartellsitzung ratifizieren."

Trotz gröbster Verstöße der Leitung der Konferenz gegen die elementarsten Pflichten gegenüber der Konferenz hörten sich unsere Genossen unter Protest die Referate des Menschewisten Wielepp und des Obermenschewisten Schulz an.

Wielepp führte aus: Es haben sich in der Gewerkschaftsbewegung Halles Zustände herausgebildet, die jeder Beschreibung spotten. Deshalb sei er nach der Sitzung am 25. Januar 1921 nach Berlin gefahren, um zu veranlassen, daß die kommunistischen Gewerkschaftler Halles durch den A.D.G.B. gehängt werden sollen. Der A.D.G.B. ist dem nachgekommen und hat das bekannte Rundschreiben an die Gewerkschaftsvorstände erlassen. Die Opposition hier in Halle sei nicht jüngsten Datums, sondern schon immer besonders radikal gewesen. Augenblicklich aber sei sie überradikal, denn es habe sich schon eine Spaltung ergeben. Der zweite Kongreß der 3. Internationale habe Thesen aufgestellt, durch die die Gewerkschaften zerschlagen werden sollen. Besonders die Thesen 9 und 10 seien darauf eingestellt. Es sei ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften Zellen zu bilden und sie unter die Direktion der Partei zu stellen. (Zwischenruf: Dißmann ist doch kein Parteigenosse.) Dann sprach er von Drahtziehern und bezahlten Agenten. Mit Unionisten sympathisiere sogar die V.K.P.D., und das seien doch nur Verbrecher am Proletariat. Die Erklärung, die Bachmann abgegeben habe, nütze nichts mehr; er habe das Vertrauen zu dem Kartellvorstand verloren. (Eisiges Schweigen der Versammlung.)

Schulz (A.D.G.B.): Die Spitze der Gesamtverbände, also der A.D.G.B., hat das auszuführen, was die deutschen Gewerkschaftskongresse beschlossen haben. Es stimmt nicht, daß die Mitglieder der einzelnen Orte über alle Fragen selbst entscheiden können. Die Spitzen haben den Ton anzugeben. Wir haben das Empfinden, daß hier in Halle alles drunter und drüber geht, und deswegen setzen wir hier Leute ein, von denen wir annehmen, daß sie die Beschlüsse des A.D.G.B. ausführen werden. Das alte Kartell kann beschließen, was es will, es ist für uns nicht mehr maßgebend; für uns bleibt das Spitzentum bestehen. Er bedauert die Zertrümmerung der proletarischen Parteien und warnt davor, daß auch die Gewerkschaften dasselbe Schicksal erfahren. In Halle sei der Ortsausschuß mit einer gegnerischen arbeiterfeindlichen Organisation zusammengegangen (W.R.O.). Das sei ein Verstoß gegen den Beschluß des Betriebsrätekongresses und gegen die Statuten des A.D.G.B. Mit der früheren Führung des Hallenschen Kartells sind wir auch nicht einverstanden gewesen. Wir verlangen unter allen Umständen, daß der neue Ortsausschuß in seiner Gesamtvertretung so zusammengesetzt wird, wie es der A.D.G.B. vorschreibt. (Minutenlange erregte Zwischenrufe: Berliner Diktat!) Ich muß Ihnen sagen: Ja, das kommt aus Berlin. Berlin stützt sich auf die Nürnberger Kongreßbeschlüsse. Wenn Sie die Satzungen des A.D.G.B. nicht anerkennen wollen, bleiben Sie gefälligst bei der W.R.O.; wir bleiben bei dem A.D.G.B. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Nürnberger Gewerkschaftskongreß eine Resolution Paeplow angenommen hat, wonach die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein müssen. Einige Worte zur politischen Seite: Ihr Kommunisten wollt weiter nichts, als uns wieder in einen neuen blutigen Krieg gegen die Entente hineinhetzen. Das haben die Maßnahmen der Sowjetrepublik gegen Polen ergeben. Wir lehnen den Kommunismus ab und werden ihn mit allen Mitteln bekämpfen. Wir werden auch als verantwortliche Leiter des A.D.G.B. alle kommunistischen Propagandisten rücksichtslos aus den Gewerkschaften ausschließen. (Beifall bei den Menschewisten.)

Unsere Genossen rechneten mit dem Abgesandten des A.D.G.B. gründlich ab. Als erster Redner sprach Genosse Weyer, 1. Bevollmächtiger des D.M.V. Er erklärte, daß auf einer Vorkonferenz Schulze erklärt hat, die Kommunisten können machen was sie wollen, das Diktum bliebe bestehen. (Große Bewegung, Schulze schweigt dazu.) Genosse Weyer wies nach, daß der A.D.G.B. die Gewerkschaften unter allen Umständen spalten wolle. Er hob hervor, daß der Vorsitzende es gewagt habe, in einer so schwerwiegenden Sache eine Redezeit von 5 Minuten zu beantragen.

Genosse Müller bemerkte, daß ursprünglich die Absicht bestand, der ohne jede rechtliche Grundlage einberufenen Konferenz fernzubleiben. Die Gegner des A.D.G.B. seien aber erfreut, doch erschienen zu sein, denn hier seien die Masken gefallen. Sie haben, so rief der Redner den Anhängern des A.D.G.B. zu, erklärt, koste es, was es wolle, die Gewerkschaften werden zerschlagen.

Schulze (A.D.G.B.) wandte sich dagegen, daß die Gewerkschaften Mittel für den „Klassenkampf" zur Verfügung stellen, der „Klassenkampf" sei kein Arbeiterblatt. Was Dißmann betreffe, so sei dieser zwar nicht sein Parteifreund, er zolle ihm aber alle Hochachtung, weil er sich jetzt auf dem Boden der Tatsachen befinde. Zu dem Antrag Weyer-Müller habe ich zu sagen: Es nützt alles nichts mehr, wir bleiben bei unserem Beschluß. Was der A.D.G.B. verlangt, muß ausgeführt werden. (Große Erregung und Zwischenrufe: Also die Halleschen Arbeiter haben darüber nicht zu bestimmen?) Nein, ich sage: Darüber entscheiden die Instanzen. (Wiederum große Erregung.)

Zum Schluß entspinnt sich noch eine lebhafte, zum Teil bedrohliche Auseinandersetzung, als einer unserer Genossen, dem der Vorsitzende das Wort nicht erteilte, auf einen Stuhl sprang und der Konferenz mitteilte, daß in der Vorbesprechung einer der Gewerkschaftsbürokraten gesagt hat: Unter allen Umständen muß mit der Spaltung begonnen werden und wir machen hier in Halle den Anfang.

Wir bitten unsere Genossen, dieses Tatsachenmaterial propagandistisch in den Betrieben zu verwerten und insbesondere den unabhängigen Arbeitern an diesem krassen Beispiel zu zeigen, welche verräterische klägliche Haltung die „Freiheit" auch in diesem Falle wieder einnimmt, dieselbe „Freiheit", die zu all den nichtswürdigen Streichen des unabhängigen Vorstandes des D.G.B. bisher geschwiegen hat.

Politische Uebersicht

Verstimmung in der bayrischen Einheitsfront

Der Bayrische Bauernbund hielt kürzlich seinen Bundestag ab, und auf ihm wurden sehr grobe Töne gegen die Kahrregierung losgelassen. So sagte u. a. der Bundesvorsitzende:

„In der bayerischen Politik sei Vorsicht geboten, weil norddeutsches, reaktionäres Gesindel, dem droben der Boden zu heiß werde, nach Bayern abgewandert sei, um unter dem Aushängeschild von Ruhe und Ordnung die Reaktion zu fördern. Es könne nichts schaden, wenn der Bauernhund zum Ausdruck bringe, daß er nicht mit allem, was die bayerische Regierung tue, einverstanden sei. Die Sache gehe zu weit nach rechts und neige zu arg der Reaktion zu."

Es ist gewiß nicht uninteressant, zu beobachten, wie sich die Herrschaften in Bayern gegenseitig Grobheiten an den Kopf werfen, und aus ihnen ist zu schließen, daß die Kahrpolitik selbst den Bauernbündlern schon auf die Nerven fällt. Verderblich wäre es aber, wenn die Arbeiter sich hierdurch in Illusionen wiegen lassen würden. Sind die Bauernbündler aus irgendwelchen Gründen gegen Kahr, so sind sie unter allen Umständen noch viel mehr gegen das Proletariat, und so wurde auch mit aller Entschiedenheit auf derselben Bundeskonferenz die Aufrechterhaltung der Selbstschutzorganisation verlangt.

Vom Bolschewistenschreck

Mit Hochdruck wird gearbeitet, um die preußischen Wähler in Angst und Schrecken vor den Mörderzentralen der Bolschewisten zu jagen. Ein Kommunistenprozeß in Essen, ein anderer in Kassel, verlogene Prozeßberichte in der bürgerlichen Presse, heimtückische Attacken durch die scheinsozialistischen Blätter, kurzum, die Kommunistenhetze ist im vollen Gange. — Denn die Putschpläne, die man entdeckte. Der vorletzte, der von Großberlin, hat zwar der „Deutschen Tageszeitung" wenig Ruhm eingebracht, er war ein wenig zu plump, und so spricht niemand mehr davon. Nun hat man aber — tüchtig wie man ist — doch eine wirkliche Zentrale entdeckt — so glaubt man — und zwar in Plattling, ausgerechnet in Plattling bei München.

Man hat in einer Kommunistenzentrale Waffen und Geld gefunden, dazu sehr wichtiges Material (?), so schreibt die bürgerliche Presse. Es ist wirklich haarsträubend. Man findet Waffen — in Bayern — ausgerechnet in Bayern.

*

In Wallersdorf in Bayern wurde das Mitglied des kommunistischen Kreisvorstandes, der Genosse Simet, verhaftet. 24 Weißgardisten begaben sich nach Wallersdorf, um in der Wohnung unseres Genossen das Unterste zu oberst zu kehren. Man weiß noch nicht, welche Art der Drangsalierung die bayerische Justiz mit unserem Genossen vorhat, ob sie ein Verfahren gegen ihn einleiten wird oder ihn in Schutzhaft genommen hat.

Unter diesen Umständen glauben wir, daß der nationalistische Seitensprung der Münchener Genossen nicht viel Wirrwarr in den Köpfen der bayerischen Arbeiter angerichtet hat. Die bayerische Reaktion sorgt selbst dafür, sich allen Arbeitern so in das Gedächtnis zu prägen, wie sie ist.

Bergarbeiterverband und Ueberschichten

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands verbreitet eine Erklärung, in welcher er eine durch die Presse gehende Nachricht, wonach eine Vertrauensmännerkonferenz des Verbandes beschlossen habe, das Ueberschichtenabkommen zu kündigen, als „irreführend" (also nicht als ganz falsch. D. Red.) bezeichnet. Eine solche Konferenz habe für das ganze Ruhrgebiet noch nicht stattgefunden. Es solle aber zugegeben werden, daß zahlreiche Zahlstellen- und Belegschaftsversammlungen, sowie auch einzelne Bezirkskonferenzen die Einstellung der Ueberschichten verlangt hätten.

Diese verlegene Vorstandserklärung sucht nur nicht eben sehr geschickt die Tatsache zu verschleiern, daß in Bergarbeiterkreisen die Klarheit über das verräterische Treiben des Vorstandes und die Erbitterung darüber ganz gewaltig zugenommen haben. Statt der versprochenen 6-Stundenschicht haben die Bergarbeiter den Packeleien dieser „Führer" mit der Regierung mörderische, ihre letzte Kraft zerstörende Ueberschichten zu verdanken. Dagegen rebellieren sie endlich, wenn es auch der Vorstand nicht wahr haben will.

Zur Preußenwahl

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter, Angestellte! Männer und Frauen!

Die „parteipolitisch neutralen" Organe der freien Gewerkschaften betreiben angesichts der bevorstehenden Preußenwahlen fast durchweg eine unverhüllte Propaganda für die Listen der S.P.D. und U.S.P.D. Das Eintreten der Gewerkschaftsbürokratie für die S.P.D. ist nichts neues. Neu ist aber, daß die Gewerkschaftspresse sich ganz offen und unverhohlen auch für die U.S.P. einsetzt.

Wer die Gewerkschaftsführer kennt, weiß, daß die nicht um der schönen Augen der Artur Crispien willen so handeln. In der Unterstützung der U.S.P. durch die Gewerkschaftsbürokratie kommt zum Ausdruck der große Wandel, der mit dem Rest der U.S.P. vor sich gegangen ist. Darin zeigt sich, daß die U.S.P. grundsätzlich nichts mehr von der S.P.D. unterscheidet.

Die Unterstützung der U.S.P. durch die Gewerkschaftsbürokratie hat die Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie durch die U.S.P. zur Voraussetzung. Und dieser Unterstützung erfreut sich die Gewerkschaftsbürokratie in einem Ausmaß, das sich noch vor ganz kurzer Zeit niemand hätte vorstellen können. Man braucht sich nur zu erinnern, in welch erbitterter Fehde die U.S.P.-Presse noch vor wenigen Monaten mit der Gewerkschaftsbürokratie lag, wie sie den nichtigsten Anlaß benützte, um mit dem schärfsten Geschütz gegen die Gewerkschaftsbürokratie vorzugehen.

Und heute?

Die Gewerkschaftsbürokratie tritt den revolutionären Willen der Mitglieder Tag für Tag mit Füßen. Die Gewerkschaftsbürokratie stellt sich immer offener und schamloser bei den Lohnkämpfen auf die Seite des Unternehmertums. Oppositionelle Mitglieder und ganze Mitgliedschaften werden ausgeschlossen. Der unabhängige Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes haust in dieser Organisation wie der Stier im Porzellanladen. Er hat die Eisenbahner in Erfurt, Hanau, Köln; München, Opladen und anderen Orten in skandalöser Weise gereizt. Die unabhängige Presse hat kein Wort der Kritik gewagt. Was auch immer die Gewerkschaftsbürokratie sich leisten mag, von der unabhängigen Presse hat sie keine Kritik mehr zu befürchten.

Was die unabhängige Presse heute schweigend geschehen läßt, dafür ist der Fall des Genossen Fleischhauer in Hanau ein klassisches Beispiel. Fleischhauer sollte von seinem Posten entfernt werden, eine Mitgliederversammlung hat ihm das Vertrauen ausgesprochen und an den Hauptvorstand das Ersuchen gerichtet, er möge Fleischhauer auf seinem Posten belassen. Diese Resolution wurde in geheimer Abstimmung einstimmig angenommen und von Fleischhauer an den Hauptvorstand weiter geleitet. Fleischhauer wurde trotzdem entlassen und zwar mit der Begründung, die Entlassung sei notwendig, weil er die Annahme der Resolution nicht verhindert hat. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus, aber die unabhängige Presse schweig.

In Berlin ist am Sonntag in geheimer Wahl die Liste der Ortsverwaltung unterlegen, die von unseren Genossen eingereichte Liste wurde gewählt. Herr Scheffel erklärte aber: „Die alte Ortsverwaltung bleibt auf ihrem Posten, die neugewählte Ortsverwaltung wird nicht anerkannt." Die „Freiheit" veröffentlicht über diese wichtige Versammlung einen Bericht von 16 Zeilen. Sie hat kein Wort der Kritik und des Protestes gegen ihre Parteifreunde im Hauptvorstand des D.G.B.

In Mansfeld sind die Bürokraten der U.S.P., S.P.D. und der Gewerkschaften hinter verschlossenen Türen zusammengekommen mit den Landräten, Oberbürgermeistern und Unternehmerdirektoren und haben gemeinsam einen gegen die Arbeiterschaft gerichteten Aufruf ausgeknobelt. Dieser Aufruf ist auf Kosten der Direktion bei der Lohnzahlung jedem Arbeiter ausgehändigt worden. Die Erregung der dortigen Arbeiterschaft ist ungeheuer.

Die unabhängige Presse, allen voran die „Freiheit" schweigt.

In Halle erklärte der Abgesandte des A.D.G.B.: Die Gewerkschaften müssen unter allen Umständen gespalten werden. Die unabhängige Presse, soweit sie diesen Herrn Schulze nicht ausdrücklich deckt, schweigt sich aus.

Dieses Schweigen ist der Preis, den die U.S.P. für die Wahlunterstützung der Gewerkschaftsbürokratie zahlt. Dieses Schweigen bedeutet, daß die U.S.P.-Presse heute jede Niedertracht, jede Gemeinheit, jede Rechtsbeugung, jede Vergewaltigung einer Mitgliedschaft durch die Gewerkschaftsbürokratie deckt.

Der Pakt zwischen Gewerkschaftsbürokraten und U.S.P. hat ein doppeltes Ziel. Die U.S.P. hofft dadurch, ihre gelichteten Wählerreihen etwas auffüllen zu können. Sie will sich mit Hilfe dieses Paktes Parlamentsmandate und die Gewerkschaftsbürokratie will sich damit ihre Posten sichern.

Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder wird durch diese Rechnung einen dicken Strich machen. Sie wird über den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und über die Zuhälterrolle der U.S.P.-Presse eine eindeutige Quittung ausstellen, indem sie nun erst recht eintritt für die Liste der V.K.P.D.

Gewerkschaftsmitglieder, wer von euch erkannt hat, daß mit den bisherigen Kampfmitteln dem bankrotten Kapitalismus nichts mehr abzuringen ist, wer einsieht, daß die Arbeiterklasse nicht durch das Parlament, sondern nur durch eigene Kraft, durch eine Aktion im Sinne des Offenen Briefes der V.K.P.D. vorwärts kommen kann, der muß eintreten für die Liste der V.K.P.D.

Severing macht die Polizei für die Preußenwahl mobil

Nach der Sozialdemokratischen Zeitungskorrespondenz hat der Minister des Innern, Severing, an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

„Im Hinblick auf die am 20. Februar d. Js. stattfindenden Wahlen zum preußischen Landtage pp. ersuche ich die Polizeibehörden, darauf hinzuweisen, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um die ungestörte Durchführung des Wahlgeschäftes und auch im Falle darauf folgender Bewegungen die Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten."

Also gewissermaßen Wahlen unter aufgepflanzten Bajonetten, wie einst unter Napoleon. — Wie hätte doch der „Vorwärts" gewettert, wenn in der willhelminischen Zeit Polizeipräsident von Jagow einen solchen Wahlukas erlassen haben würde!

Ausland

Französische Pressestimmen zu Simons Rede

Die französischen Pressestimmen zu Simons Rede lassen eine gewisse Unruhe über Deutschlands Absichten erkennen. Diese Unruhe bezieht sich weniger auf das Motiv „Niemals" — die Dummheit, diese leere Geste ernst zu nehmen, überlassen die Franzosen den Deutschen — als darauf, daß Deutschland das Programm von Brüssel, mit anderen Worten, die fünf Jahreszahlungen wieder aufgreifen könnte. „Echo de Paris" beruhigt sich aber gleich und hält dieses Vorhaben für „Irrtümer, die man mit einiger Mühe in elfter Stunde beseitigt habe" und die man auch weiterhin trotz der deutschen Versuche verhindern werde.

„Petit Parisien" sieht in Simons' Rede den Versuch, die festgesetzte Summe herabzusetzen, bemerkt aber gleich weiter, daß der Betrag der deutschen Schuld, wie ihn die Pariser Konferenz festgestellt habe, nicht herabgemindert werden darf.

„Petit Journal" schreibt, es handle sich in Simons' Rede um einen Mobilisierungsplan der deutschen Schuld mit Unterstützung amerikanischer und neutraler Finanzgruppen. Jedoch, fährt das Blatt fort, könne in dieser Richtung nichts Ernsthaftes unternommen werden, solange die amerikanische Regierung nicht effektiv die Leitung in der Hand habe.

„Figaro" meint schließlich, Dr. Simons habe noch nicht die Pauschalsumme angegriffen, aber er spreche von phantastischen Summen. Er kündige außerdem an, daß das Abkommen, das in London abgeschlossen werde, eine Abänderung des Friedensvertrages bedeute, und daß es infolgedessen von den gesetzgebenden Versammlungen in Deutschland geprüft werden müsse. Das sei eine ziemlich ingenieuse Art, im voraus die Verantwortlichkeit zu teilen.

Von den Morgenblättern sagt „Journal des Debats", der Minister habe sich korrekter ausgedrückt als in seiner Reichstagsrede, aber aufs neue erklärt, das Abkommen von Paris sei als Verhandlungsgrundlage unannehmbar. Er habe gesagt, die Revision des Versailler Friedensvertrages sei unvermeidlich. Er habe sogar dagegen protestiert, daß der Vertrag von Versailles Deutschland die Schuld am Kriege zuerkenne. Man könne nicht gestatten, daß die Minister von Berlin und Wien wieder die Legende von der Unschuld verbreiteten. Die Alliierten dürften offizielle Kundgebungen wie die in Stuttgart nicht dulden. Die deutschen Vertreter wären nicht nach London berufen, um über die Revision des Pariser Abkommens zu verhandeln, sie hätten nur Vorschläge über die besten Ausführungsmethoden der in Paris getroffenen Entscheidungen vorzubringen. Man dürfe nicht dulden, daß sie von Revision sprächen.

„Temps" meint, die Stuttgarter Rede gebe allen denjenigen Recht, die die Notwendigkeit erkannt haben, zu handeln. Die deutsche Regierung gehe nach London in der Absicht, das Abkommen vom 29. Januar abzulehnen, weil der ersten Weigerung im Reichstag keine Sanktion gefolgt sei. Was Dr. Simons von Gegenvorschlägen gesagt habe, sei sehr vage. Der „Temps" lehnt es ab, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach den Einnahmen der Eisenbahnen und den Ergebnissen der Einkommensteuer berechnet werde. Lloyd George habe in seiner Birminghamer Rede gesagt, wenn man an dem Vertrag rühre, dann schaffe man eine Kriegsgefahr. Die deutsche Regierung suche den Friedensvertrag an und führe damit ganz Europa auf einen Weg, der zum Konflikt treibe.

Das „Journal des Debats" stellt mit anderen Blättern fest, daß Staatssekretär Bergmann seit seiner Rückkehr nach Paris keine Fühlung mit französischen Kreisen gesucht habe. Es sei unnütz zu sagen, daß die französische Regierung keine Initiative ergreifen werde, um vor der Konferenz Zusammenkünfte oder Verhandlungen mit den deutschen Delegierten herbeizuführen; aber sie werde sie nicht ablehnen, wenn sie vorgeschlagen werden.

Vor großen Lohnkämpfen in Amerika

Washington, 14. Februar.

Der Stahltrust in den Vereinigten Staaten bereitet für den Frühling allgemeine Lohnherabsetzungen vor. Um der Gefahr der Verelendung vorzubeugen, haben sich die Vertreter der Arbeiterschaft aus 14 Staaten zusammengefunden und ein vorbereitendes Komitee gewählt, das die einheitliche Abwehraktion in den 14 Staaten organisieren soll. Die Arbeiterschaft hofft auf diese Weise viel besser ihre Interessen verteidigen zu können, als durch die bisherigen isolierten Einzelhandlungen.

Die Radikalisierung der Arbeiterschaft in Amerika

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Washington, 14. Februar.

Samuel Gompers hat eine Konferenz von 100 nationalen und internationalen Unionen für den 23. Februar einberufen; diese soll sich mit den Angriffen gegen den „open shop", mit der Beiseitesetzung des Claytongesetzes und der Arbeitslosigkeit befassen.

Bei dieser Gelegenheit wird die progressive (Fortschrittler) Arbeiterschaft ihre Stimme erheben, und die ganze zukünftige Politik der Arbeiterföderation zur Sprache bringen. Diese Elemente, welche ihren Mittelpunkt in den Eisenbahnindustrieorganisationen haben, treten für den öffentlichen Besitz und für den demokratischen Betrieb der wichtigsten Industrien ein, von welchen das wirtschaftliche Leben der Nation abhängt. Sie befürworten die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland. Sie fordern die Befreiung aller politischen Gefangenen, und die Wiederherstellung aller bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Die Progressisten werden von Johnston, dem Präsidenten der Maschinisten, geführt, und sind nicht etwa radikale Sozialisten, sondern stehen auf dem Standpunkt der europäischen Mehrheitssozialisten. In den „demokratischen" Vereinigten Staaten aber ist dieser Standpunkt bereits ein sehr radikaler. Gompers erklärt natürlich, daß die Arbeiterschaft es sich nicht leisten kann, zu kämpfen, und daß das einzig richtige ist, stillzuhalten und abzuwarten, was die Hardingregierung „Gutes" für die Arbeiterschaft bringen wird. Die starke oppositionelle Richtung in der Federation of Labor (Arbeitsföderation) ist nur ein Beweis der neuen Aera in der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Ausfall der südafrikanischen Wahlen

(W.T.B.) London, 13. Februar.

Nunmehr sind die Wahlresultate aus Südafrika bis auf drei bekannt. Die Partei Smuts hat 78 Sitze erlangt, die nationalistische Partei von Herzog 43 Sitze, die Arbeiterpartei 9 Sitze, die Unabhängigen haben einen Sitz erhalten.

*

Die Partei Smuts ist die „Südafrikanische Partei" des ehemaligen Burengenerals und jetzigen Vorkämpfers des britischen Imperialismus. Die „Nationalistische Partei" erstrebt die Unabhängigkeit von England.

Die Wirtschaftskrise in Rumänien

Laut Berichten aus Rumänien gibt es in Siebenbürgen allein 80—100 000 Arbeitslose. In den Metallbergwerken, Gießereien und Salinen in Altrumänien, die dem Staat gehören, haben 10 000 Arbeiter schon seit 3 Monaten keinen Lohn erhalten.

Von der Wirtschaftsfront Sowjetrußlands

Wie sich die Stadt- und Landbevölkerung ernährt

(Rosta, Wien.) Moskau, Januar 1921.

Seit 1919 untersucht die statistische Zentralverwaltung periodisch die Ernährung der Bevölkerung. Auf Grund der angeführten Untersuchungen wird die Ernährung durch folgende Ziffern gekennzeichnet. Alle Nährmittel werden in ein einheitliches Maß — die Kalorie — umgesetzt.

In den beiden Hauptstädten.

	März 1919	Dezember 1919	Mai 1920
Arbeiter	2 218	2 884	3 065
Angestellte	2 470	2 895	2 630

Stadtbevölkerung der Zuschußgebiete.

Arbeiter	2 263	2 570	2 902
Angestellte	2 367	2 496	2 654

Stadtbevölkerung der Ueberschußgebiete

Arbeiter	2 803	3 267	3 096
Angestellte	2 607	3 049	2 771

Landbevölkerung im Jahre 1920 (Winter).

	ohne Aussaatfläche	mit geringer Aussaatfläche	mit mittlerer Aussaatfläche	mit großer Aussaatfläche
Ueberschußgebiete	3 264	3 704	3 844	3 095
Zuschußgebiete	2,706	3 003	3 425	3 541

Durchschnittlich

Ueberschußgebiete	3 975
Zuschußgebiete	3 882

Der deutsche Hygieniker Rubner stellt folgende Normen auf: Für einen Erwachsenen, der 50 Kilo wiegt, bei leichter Arbeit 2 102 Kalorien, für einen, der 70. Kilo wiegt, bei leichter Arbeit 2 631 Kalorien, der 50 Kilo wiegt, bei schwerer Arbeit 3 473 Kalorien, der 70 Kilo wiegt, bei schwerer Arbeit 3 094 Kalorien, für schwache Menschen (Männer und Frauen) 2 111 Kalorien.

Es ist äußerst interessant und lehrreich, daß die Ernährung der Arbeiter in den Hauptstädten von 2 013 Kalorien im März 1919 auf 2 884 Kalorien im Dezember 1919 steigt und im Mai 1920 bis 3 033 Kalorien erreicht. Dasselbe ist in den Städten der Zuschußgebiete zu beobachten, 2 262, 2 576 und 2 902 Kalorien; in den Ueberschußgebieten beträgt die Ernährung im März 1919 bis 2 803 Kalorien, steigt im Dezember auf 3 267, fällt darauf aber auf 3 096 Kalorien.

Die Ernährung der Angestellten steigt ebenfalls mit denselben Abweichungen im Jahre 1920 im Ueberschußgebiet, wie bei den Arbeitern; es muß aber auf folgende Tatsachen hingewiesen werden. Im März 1919 wurden die Angestellten in den Hauptstädten und den Städten der Zuschußgebiete besser ernährt als die Arbeiter, darauf aber im Dezember 1919 und Mai 1920 werden sie schon schlechter, die Arbeiter aber besser ernährt. Vergleichen wir diese Ernährungsnormen mit den Normen, die von den Physiologen festgesetzt sind, so kommen wir zu dem Schluß, daß die Ernährung im Mai 1920 schon gestattet, eine Arbeitsenergie zu entwickeln, die der schweren Arbeit gleichkommt, während im März 1919 nur von leichter Arbeit die Rede sein konnte, und dies auch nur in bezug auf die Menschen, die ein leichtes Gewicht haben.

Die Ernährungsziffern der Landbevölkerung zeigen: erstens, daß die ackerbautreibende Bevölkerung sich desto besser ernährt, je mehr sie ökonomisch sichergestellt ist; zweitens, daß die Bauernbevölkerung sich so ernährt, daß sie fähig ist, die für schwere Arbeit (nach den Angaben der Physiologen) erforderliche Energie zu entwickeln.

Die Frühjahrskampagne in der Landwirtschaft. Die ergänzenden Instruktionen des letzten Allrussischen Kongresses zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in der kommenden Saison werden in die Tat umgesetzt. Die Bauern werden mit Saatgut beteilt und ihr geringes landwirtschaftliches Inventar vervollständigt. Das Volkskommissariat für Ackerbau stellt 3000 Dampfpflüge und 300 000 Pflüge verschiedener Typen und anderes Material zur Verfügung. Außerdem sind diese Heimindustrien damit beschäftigt, landwirtschaftliche Geräte herzustellen und dringende Reparaturen auszuführen. Ein großer Teil dieser Aufträge ist bereits ausgeführt. Die Aussichten für den Erfolg der Kampagne sind also sehr günstig.

Ein Zug mit Landwirtschaftsgeräten für Baku. Für Baku ist zur Unterstützung der Bauernschaft in der bevorstehenden Frühjahrsaussaat ein Zug mit Landwirtschaftsgeräten ausgerüstet worden. Der Zug besteht aus einer Bibliothek illustrierten Broschüren und populären Aufklärungsschriften, 8 Waggons mit Motorpflügen und einer transportablen Reparaturwerkstätte.

Neue landwirtschaftliche Gemeinschaften. In der Provinz Mogilew haben sich 12 neue landwirtschaftliche Gemeinwirtschaften landarmer Bauern und Arbeiter gebildet.

Gewerkschaftliches

Zur Aufhebung der Nachtarbeit

In der Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung des D.M.V. am Sonntag teilte der Bevollmächtigte Ziska mit, daß am Sonnabend, den 12. Februar in einer Sitzung der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände unter Teilnahme der behördlichen Stellen die Aufhebung der Nachtarbeit als Folge der Notverordnung beschlossen worden ist. Die Regelung der sonstigen Stromkontingentierung sollte am Montag, den 14. Februar, in der Kohlenstelle erfolgen.

Die Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung beschäftigte sich dann mit der bekannten Zusammenkunft der Obleute der Großbetriebe und ihren Beschluß über die Nachtarbeit. Ziska spielte sich als Wächter des Ortsstatuts auf und bestritt den Obleuten, deren Körperschaft im Statut als ausführende und beschließende nicht vorgesehen ist, das Recht, Beschlüsse zu fassen, die die Ortsverwaltung vor vollendete Tatsachen stellt. Aber sonst gestand er den Obleuten großmütig zu, daß sie das Recht haben, zu informatorischen Besprechungen über die verschiedenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Betriebe zusammenzukommen. In der Diskussion legten verschiedene Obleute dar, daß diese Konferenz der Obleute und ihr Beschluß sich ohne weiteres aus der Situation ergab; denn die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie waren in einer steten Erregung über das weitere Bestehen der Nachtarbeit. Aus der Untätigkeit der Ortsverwaltung heraus also resultiere das Zustandekommen und der Beschluß der Obmännerkonferenz. Die Ortsverwaltung habe die Obleutekonferenzen, zu denen sie mehrere Male eingeladen war, von Anfang an ganz systematisch sabotiert. Wenn sich Ziska hier so als Wächter des Statutes aufspielt, so ist ihm mit aller Entschiedenheit zu sagen, daß auch das Statut und die Interessen der Metallarbeiterschaft vorsehen, daß die Ortsverwaltung des D.M.V. unter allen Umständen die Interessen der Berliner Metallarbeiter und Arbeiterinnen zu vertreten und deren Willen zu respektieren habe. Ein Beweis der Untätigkeit der Ortsverwaltung in dieser Beziehung ist, daß diese sich seit ihrem Amtsantritt nicht ernstlich bemüht hat, mit den Obleuten der Berliner Großbetriebe die nötige Fühlung herzustellen, um gemeinsam an die Erledigung aller sich aus der jetzigen Situation ergebenden wichtigen Fragen zu gehen. Nicht nur in der Frage der Nachtarbeit, auch in anderen wichtigen Angelegenheiten der großen Mehrheit der Berliner Metallarbeiterschaft verschleppt und versagt die Ortsverwaltung.

Die Sitzung vom Sonntag kam in der Angelegenheit der Obleute zu keinem Beschluß.

Die Münchener Bauarbeiter sammeln sich gegen die Verbandsbürokratie

Am Donnerstag, den 3. Februar, beschäftigte sich in München eine Versammlung der Mitglieder des Bauarbeiterverbandes oppositioneller Richtung mit den diktatorischen Beschlüssen des Hauptvorstandes. Auf eine Einladung an den Vorsitzenden des Zweigvereins München erschien die ganze Verwaltung und der Leiter des Gaues Südbayern, Kollege Hartl.

Aus der Diskussion verdienen die Ausführungen des Genossen Dressel von den Zimmerern hervorgehoben zu werden. Er hielt Hartl, der in gedankenarmer Rede den Bauarbeiterverbandsvorstand zu rechtfertigen versucht hatte, das lange Sündenregister der Gewerkschaftsbürokratie vor und übte an dem Verhalten des Hauptvorstandes vernichtende Kritik. Seine wirkungsvollen Ausführungen hinterließen auf die Anwesenden einen starken Eindruck. Eine Resolution, im Sinne der Ausführungen unserer Genossen und in der der Hauptvorstand aufgefordert wird, die ausgeschlossenen Kollegen unverzüglich in ihre Rechte als Mitglieder des Verbandes wieder einzusetzen, wurde angenommen. Die Opposition hat in München einen weiteren Erfolg zu buchen. Genosse Dressel, dessen Ausschluß aus dem Zimmererverband bereits beantragt war, wurde in der Generalversammlung des Zweigvereins München mit einer Mehrheit von 156 Stimmen gegen den bisherigen Vorsitzenden Weber, der 51 Stimmen bekam, zum Vorsitzenden des Zweigvereins gewählt. Weber will dieses Wahlergebnis dadurch sabotieren, daß er eine Urabstimmung vorbereiten will. Er dürfte auch hierdurch eine wesentliche Aenderung des Resultats nicht erzielen.

Außerordentliche Generalversammlung der Chemnitzer Bauarbeiter

Der Chemnitzer Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes beschäftigte sich am Sonnabend, den 5. Februar, in einer außerordentlichen Generalversammlung mit den Bedingungen, die ihm vom Hauptvorstand gestellt sind, weil sich der Zweigverein mit den Genossen Heckert, Brandler und Bachmann solidarisch erklärt hat. Die Bedingungen des Hauptvorstandes verlangen: 1. Keine Beteiligung an der Hallenser Konferenz, 2. Aufhebung der kommunistischen Fraktion, und die Verhinderung jeden Versuchs zu einer neuen Fraktionsbildung, 3. die neu zu besetzende Stelle des 1. Vorsitzenden soll im „Grundstein“ ausgeschrieben und nur die gewerkschaftliche Befähigung bei der Wahl berücksichtigt werden, 4. innerhalb der Geschäftsräume des Vereins sollen nur die Mitglieder verkehren und verweilen. Erledigung von Arbeiten für politische Parteien oder Auskunfterteilung sollen unterbleiben. Bei der Auswahl von Lesestoff, bei der Unterhaltung der Vereinsbibliothek und bei der Auswahl von Referenten für die Mitgliederversammlungen soll einseitig zugunsten einer Partei verfahren werden.

Diese Bedingungen wurden von dem Hauptvorstandsmitglied Dyßer begründet. Aus der Mitte der Versammlung wurden dazu eine Reihe von Anfragen gestellt. In der Diskussion unterstrich Genosse Siewert die Notwendigkeit die Gewerkschaften zu Organen des Klassenkampfes zu machen. Das sei das Ziel des Chemnitzer Zweigvereins. Keines seiner Mitglieder wolle die Zersplitterung der Gewerkschaften. Die Mitglieder seien sich bewußt, daß nur eine einheitliche, starke Organisation den Kampf um die Eroberung der politischen Macht bestehen könne. Genosse Siewert schlug vor, dem Hauptvorstand folgende Antwort zu geben:

Zu 1. Die Delegation nach Halle war keine Delegation des Bezirksvereins Chemnitz, sondern eine Delegation der kommunistischen Fraktion.

Zu 2. Wir als Bezirksverein können die Parteifraktion nicht auflösen, weil die Fraktionen keine Einrichtungen des Vereins, sondern der politischen Parteien S.P.D., U.S.P.D. und V.K.P.D. sind. Wir haben als Verein keinen unmittelbaren Einfluß auf die politischen Parteien und wünschen auch keinen solchen Einfluß auszuüben.

Zu 3. Wir sind bereit, die Stelle des 1. Vorsitzenden im „Grundstein“ nach den üblichen Bedingungen auszuschreiben. Bei Besetzung der Aemter im Bezirksverein Chemnitz haben wir uns bisher schon stets nur von der gewerkschaftlichen Befähigung leiten lassen, nicht von der politischen Richtung. Wir haben nicht die Absicht, die bei der Wahl der Kollegen Heckert, Brandler, Bachmann, Graupner, Eichhorn eingeschlagene Taktik, nur befähigte Gewerkschafter anzustellen, zu ändern, sondern beizubehalten.

Zu 4. Wir verpflichten uns, in den Geschäftsräumen des Verbandes keine Arbeit für politische Parteien zu erledigen. Wir sind auch jederzeit gern bereit, jede politische Parteirichtung in Wort und Schrift vor den Mitgliedern zu Worte kommen zu lassen.

Nach einer lebhaften Diskussion wurden die Bedingungen des Hauptvorstandes gegen 5 Stimmen abgelehnt und die Antwort an den Hauptvorstand in demselben Stimmenverhältnis angenommen. Außerdem wurde noch gegen 5 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die heutige Generalversammlung protestiert gegen den Ausschluß der Kollegen Bachmann, Brandler und Heckert, sowie gegen die ganze Taktik des Hauptvorstandes, wegen politischer Betätigung Mitglieder auszuschließen.

Die Generalversammlung beauftragt den Bezirksvereinsvorstand, beim Verbandsausschuß die Aufhebung der Ausschlüsse der drei Kollegen zu beantragen. Des weiteren beauftragt die Generalversammlung den Bezirksvereinsvorstand, die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu beantragen und die Aufhebung der Ausschlüsse, sowie ein Verbot einer solchen Zertrümmerungspraxis durch den Hauptvorstand zu beantragen.

Die Berliner Maschinenschlosser für die Entsendung von Delegierten zum Moskauer Gewerkschaftskongreß

Die Branchenversammlung der Maschinenschlosser nahm in zwei Versammlungen Stellung zu dem Bericht der Branchenleitung. Bei der Neuwahl wurden nur Mitglieder der V.K.P.D. in die Branchenleitung gewählt. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich zu den Forderungen des Offenen Briefes bekannte. Sie verurteilte die Beschlüsse des erweiterten Beirates des Metallarbeiter-Verbandes vom 13. Januar, die den Hinauswurf der Kommunisten aus dem ganzen Metallarbeiter-Verband ermöglichen soll. Die Branchenversammlung stellte an die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Berlin, den Antrag, sich mit der Entsendung von Delegierten zu dem am

1. Mai beginnenden internationalen Gewerkschaftskongreß in Moskau

zu beschäftigen. Die Maschinenarbeiter ihrerseits schlugen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband die Delegation von drei Kollegen vor. Die Branche der Maschinenschlosser umfaßt in Berlin 25 000 Mitglieder.

Achtung! Holzarbeiter!

Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 15. März 1921, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet. Tagesordnung ist: Stellungnahme zum Verbandstag, Anträge dazu und Aufstellung der Kandidaten. Anträge müssen bis zum 25. Februar im Büro eingereicht sein.

Die Wahl der Delegierten findet statt am 24. und 25. März und wird an denselben Tagen die Stichwahl der engeren Verwaltung zwischen den Listen Freigang-Boese und Springer-Lieske vorgenommen.

Für den Bezirk Neukölln muß die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wiederholt werden. Wir ersuchen das Mitteilungsblatt der Verwaltung zu beachten, in welchem nähere Anweisungen erfolgen.

Das Resultat des ersten Wahlganges der Urabstimmung ändert sich nach erfolgter Nachprüfung wie folgt:

Springer-Lieske V.K.P.D.	Freigang-Boese U.S.P.	Sielfeld-Germroth S.P.D.
6518	5742	4972

Abgegeben wurden 17 237 Stimmen, ungültig davon 5.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin.

Die Reichstarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe. Das Reichsarbeitsministerium hatte zum Freitag, den 11. Februar, die Parteien zu einer Besprechung über den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs geladen, der von den Organisationen gestellt worden war. Der Arbeitgeberverband beharrte auch hier wieder auf seinem Standpunkt, die beiden protokollarischen Ergänzungen des zweiten Schiedsspruches zu streichen. Er lehnte die eventuelle Ausdehnung der Verheiratetenzulage auf ledige Angestellte ab, außerdem verlangte er, die Anrechnung der Leistungen der Arbeitgeber zu Pensionseinrichtungen oder für die Sozialversicherung auf die Tarifbezüge. Die Arbeitnehmerorganisationen haben durch Annahme des Schiedsspruches sehr erhebliche Abstriche ihrer Forderungen sich gefallen lassen müssen, so daß keine Veranlassung vorlag, dem weiteren Verlangen des Arbeitgeberverbandes zu entsprechen. Es wird nunmehr die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches erwartet.

Unternehmerwillkür in den Elektrizitätswerken Firma Bergmann, Berliner Werk. Am Donnerstag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einem Kalkulator und einem Kollegen, der erklärte, daß er keinen Draht habe und seine Arbeit nicht fortsetzen könne. Der Herr Kalkulator erklärte ihm, dann müsse er nach Hause gehen, und

---

Kulturbilder

Das Zeitungsinserat

Wir wollen hier gewiß nicht für die — ach! so zahlreichen — braven deutschen Hausfrauen eine Lanze brechen, deren Zeitungslektüre mit dem Lebensmittelkalender beginnt, von dort zur „Geschichte“ führt, und dann bei den Inseraten endigt. Aber diejenigen, die bürgerliche Zeitungen nur überfliegen und die Inserate überhaupt nicht lesen, überlesen einen wertvollen Gradmesser der kapitalistischen Kultur.

Während der politische Teil der bürgerlichen Blätter, je nach Richtung und Bedarf, frisiert und gefärbt ist, zeigt sich im Inseratenteil die ganze ungeschminkte, nackte, brutale Wirklichkeit. Hier gehen Gemeinheit und Profitgier, Not und Elend, Wollust und Schlemmerei ohne Masken. Es bietet sich oft ein geradezu groteskes Bild, wenn man den von Moral und Sittlichkeit triefenden redaktionellen Teil der bürgerlichen Presse mit ihrem Inseratenteil vergleicht. Da lesen wir z. B. im „Lokal-Anzeiger“, der in der gleichen Nummer einen entrüsteten Artikel über das Schieberunwesen bringt:

!!! Mit 800 000 Mark verdienen Sie in einem Jahre eine Million Mark !!!

auf absolut ehrliche und anständige Weise, ohne Risiko und ohne Arbeit . . . . . Vermittler und Schnüffler verbeten. G. 4309 Hauptstelle d. Bl.

Natürlich weiß auch der „Lokal-Anzeiger“, daß dieses Inserat entweder auf den Gimpelfang berechnet ist, oder daß es sich um eine „reelle Schiebung“ handelt, bei der dreiviertel Millionen „ohne Arbeit“ verdient werden. Aber was schadet das? Das Inseratengeschäft ist das Rückgrat der bürgerlichen Blätter. Deshalb nehmen sie alles — wenn es auch ein wenig stinkt —, solange nicht der Staatsanwalt eingreift. Dieser aber schnüffelt meistenteils nur in Sittlichkeit, und so kann sich der Schwindel in jeder Form täglich in Tausenden von Inseraten breit machen. Im Grunde genommen ist es nur eine geschickte Variation des Betrugs und eine Anpassung an den Zug der Zeit, wenn ein anderer, der den Nepp im Kleinen betreibt, folgendes inseriert:

Prophetisches Medium

Hellsehen, Schicksalsfragen. — Sprechstunden 10—12, 3—6. . . . Potsdamer Straße . .

Er kennt „sein Publikum“ und weiß, daß in unserem aufgeklärten Zeitalter nicht nur Dienstmädchen, sondern auch hohe und höchste Herrschaften im Auto zu ihm kommen.

Die käufliche Venus hat ebenfalls die Macht der Presse erkannt, und inseriert lustig unter der Flagge der Körperpflege und des Massageinstitutes:

Lotte . . . .

ärztl. geprüft. Körperpflege, Rheumabehandlung für vornehme Kundschaft, Charlottenburg, Leibnizstraße, v. paxierre links. 12—6.

Nach den zahlreichen Inseraten zu urteilen, muß die Zahl der „Rheumakranken“ aus den vornehmen Kreisen, die liebevoller weiblicher Hände bedürfen, nicht gering sein.

Auch die Erpresser, die in homosexuellen Kreisen ihre Opfer suchen, verschmähen das Inserat nicht. So schreibt einer, der sich nebenbei noch als Sipomann betätigt:

Suche älteren Freund.

Bin 26 J. groß, schwarz, Sipo. Off. mit Bild (ehrenw. zur.) unt. „F. D. 71“ an . . .

Nicht minder aber zeigt sich in den Inseraten die Not und das Elend, das heute weite Schichten bis tief in den Mittelstand ergriffen hat. Da inseriert ein Beamter:

500 Mark

gegen 125 Vergütung sucht Beamter d. 1 Nebenst. d. Bl. . . .

Wohl wenige mögen sich eine Vorstellung davon machen, in welcher Verzweiflung dieser Mann sein muß, daß er öffentlich 25 % Wucherzinsen bietet. Wieviel Tausende aber gibt es, die sich in der gleichen Notlage befinden und nicht einmal das Geld für das Inserat aufbringen können! Und in hunderten von Anzeigen liest man so oder ähnlich:

Guie

Fleischmaschine, Schrank, Betten, alte Chaiselongue verkauft Kropp, Mittelstr. 20.

Die letzten Habseligkeiten, selbst die Betten, werden massenhaft zum Verkauf angeboten, nur um den Hunger für ein paar Tage zu bannen. Zur gleichen Zeit aber kann man lesen:

Weinrestaurant Lukullus

Gepflegte Weine :: Exquisite Diners
Ia. Austern :: Dezente Musik
Tanzvorführungen
Zwei Kapellen :: Separate Zimmer

Platzbestellungen rechtzeitig erbeten

Oder:

St. Moritz.

Verpflegung von 100 Mark an bis zu den höchsten Preisen. Ski, Schlittschuh, Bobsleigh, Hockey, Taubenschießen usw.

Ein Kapitel für sich bildet die Kuppelwiese der bürgerlichen Blätter. Ohne sie wüßten wir gar nicht, wieviel Blumen der Tugend und Schönheit im Verborgenen blühen, mit Sehnsucht darauf wartend, daß sie gepflückt werden, und wieviel kernige deutsche Männer immer noch nicht das Idealbild der Träume ihrer schlaflosen Nächte gefunden haben. Dort sah man neulich einen Ritter Georg von rührender Offenheit. Er schrieb:

Platonische Ehe

ersehnt vorn., gebild. Mann, 34, mit vermög. Dame, am liebsten Einheirat in Geschäft. Gefl. Offerten unter „Georg 47“ an den Verlag d. Blattes.

Hut ab vor diesem Ehrlichen! Er sagt es ohne Umschweife, daß das Geld die Hauptsache und die Frau eine platonische Angelegenheit ist.

Kurzum, das Zeitungsinserat der bürgerlichen Presse ist ein getreues Spiegelbild der modernen Kultur: der kapitalistischen Korruption und des Massenelendes.

Waldemar.

sah nun seine Aufgabe darin, die Kollegen mit der Stoppuhr in der Hand zu beaufsichtigen, ihnen Vorschriften zu machen über die Zeit ihres Aufenthaltes auf dem Abort usw. Durch diese ewigen Gemeinheiten empört, beschlossen die Kollegen, eine Kommission zu wählen, die mit der Direktion verhandeln sollte. Die Kommission bestand aus vier Mann. Der Herr Direktor fand die Zahl der Kommission zu hoch und erklärte, daß zwei Mann vollständig genügen würden. Die Kollegen brachten ihre Klagen vor und wurden dann mit freundlichen Worten, wie z. B. „Sie sind geistig anormal", beglückt. Die Kommission forderte, daß der Kalkulator seine Arbeit in der Wickelei aufgeben solle und an seine Stelle ein anderer Kalkulator, der praktische Arbeit leistet, gesetzt werde, wenn dies nicht geschieht, würden die Arbeiter in den Streik treten. Die Direktion kam den Arbeitern nicht entgegen und der Kalkulator setzte seine Arbeit fort. Die Folge davon war, daß die Arbeiter die Arbeit niederlegten. 400 Mann der anderen Abteilung der Wickelei haben sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärt und traten in den Sympathiestreik.

Streik der Casseler Buchdrucker. Die Casseler Buchdrucker, die bereits seit einiger Zeit in Lohndifferenzen stehen, sind am Montag vormittag in den Streik getreten. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten

Deutscher Transportarbeiter-Verband Großberlin

Kohlenarbeiter und Kutscher! Am Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr, findet im Lokal „Stadt-Theater Moabit", Alt-Moabit 47/48, eine Vollversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Groß-Berlin

Berichterstattung über Wahlversammlungen

Wir machen unsere Ortsorganisationen nochmals darauf aufmerksam, daß über alle öffentlichen und gegnerischen Versammlungen schnellste Berichterstattung an die „Redaktion der Roten Fahne" notwendig ist. Die Berichte müssen noch nachts fertiggestellt und per Rohrpost oder Boten bis morgens 9 Uhr in den Händen der Redaktion, Berlin SW, Stallschreiberstr. 34/35, sein. Wir bitten unsere Parteigenossen, ihre Pflicht betreffs Berichterstattung zu erfüllen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Der „Dank des Vaterlandes"

Vom Internationalen Bund der Kriegsopfer wird uns geschrieben:

Vor einigen Tagen hatten wir Gelegenheit, das Uebergangsheim in der Alexandrinenstraße zu besichtigen. Es sind die Räume, die früher den gefangenen Russen und später der Reichswehr als Seuchenlazarett dienten. Das Versorgungsamt Großberlin hat es sich verschiedene tausend Mark kosten lassen, um den Räumen der Anstrich eines Heimes (!) zu geben. Augenblicklich ist es mit etwa 40 Mann belegt, zumeist Versorgungskranken, die alle auf Beschäftigung resp. ihre Entlassungspapiere warten. Die anderen sind Uebergangskranke, die teils gesund aus dem Lazarett entlassen wurden, teils auf Prothesen und ihre Kunstglieder warten. Unseres Erachtens gehören die letzteren unbedingt solange ins Lazarett, bis die Prothesen bzw. Kunstglieder angepaßt sind und sich die Kriegsbeschädigten daran gewöhnt haben, um, wenn sie überhaupt einen Erwerb haben, ins Erwerbsleben treten zu können.

Das Versorgungsamt schiebt aber die auf Prothesen Wartenden nach dem Uebergangsheim und gibt ihnen als Abfindungssumme auf zwei Monate 580 M. pro Monat. Wir fragen uns nun, wie denkt sich das Versorgungsamt die Ernährung der Familien der Kriegsbeschädigten. 8 M. pro Tag werden den Uebergangskranken für Verpflegung abgezogen, bleiben für die Familie im ganzen Monat 340 M. Das Uebergangsgeld war nicht dazu gedacht, um das Reich für mehrere Monate zu entlasten, sondern es sollte zur Besserung der Verhältnisse der Kriegsbeschädigten dienen. Man muß berücksichtigen, daß diese zwei, drei und mehr Jahre bereits im Lazarett zugebracht haben und daher in ungeheure Schulden geraten sind. Die Kriegsbeschädigten werden also dem Elend, der Not preisgegeben.

Die Versorgungskranken, die ohne jegliche Unterstützung aus dem Lazarett entlassen sind, warten auf ihre Entlassungspapiere oder auf Arbeit. Solange sie keine Entlassungspapiere haben, können sie auch keine Arbeitslosenunterstützung beziehen. Sie bekommen auch keine Versorgungsgebührnisse, da sie bereits entlassen sind. Hier ist es Aufgabe der Fürsorge, für schnellste Unterbringung im Erwerbsleben zu sorgen.

Alles in allem genommen, sehen wir auch hier wieder bestätigt, wie es um den „Dank des Vaterlandes" bestellt ist. Nur der rücksichtsloseste Kampf an der Seite der Kommunisten gegen die bestehende Gesellschaftsordnung kann Verhältnisse schaffen, in denen es auch den Kriegsopfern besser ergehen wird.

Scholtz will nicht Stadtkämmerer werden

Der Vorsitzende des Wahlausschusses hat von dem zum Bürgermeister von Charlottenburg gewählten bisherigen Stadtkämmerer Scholtz ein Schreiben erhalten, worin Scholtz seine Kandidatur zurückzieht. Als Grund gibt er einmal seine Wahl zum Bürgermeister, dann aber vor allem den Umstand an, daß sich schon innerhalb des Wahlausschusses keine so große Mehrheit für die von ihm vorgeschlagene Finanzpolitik gefunden habe, wie er sie zur Voraussetzung einer gedeihlichen Arbeit machen müsse. Der gute Mann hatte durch seine Mittelsmänner sogar an unsere Fraktion das groteske Ansinnen gestellt, sich auf das folgende Scholtzsche Reaktionsprogramm festzulegen:

1. Erweiterung des bestehenden Vetorechts;
2. die Parteien verpflichten sich, keine Ausgabe mehr ohne gleichzeitige Deckung zu bewilligen;
3. die städtischen Werke werden auf eine ander wirtschaftliche Grundlage gestellt. Ihre Umwandlung in gemischtwirtschaftlichen Betrieb und die Verwaltung nach kaufmännischen Grundsätzen ist durchzuführen;
4. alle Sozialisierungs- und Kommunalisierungsprojekte werden bis zur Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse zurückgestellt;
5. Kriegswirtschafts- und Lebensmittelbetriebe werden nach Möglichkeit abgebaut und auf das Mindestmaß des Notwendigen beschränkt.

Daß er damit bei unseren Genossen kein Glück haben werde, hätte er sich von vornherein sagen können.

Abermals ein Waffendepot der Orgesch entdeckt

Der kürzlich von uns gemeldete Waffenfund bei Assessor Hehl in Westend hat zugleich auf die Spur eines weiteren riesigen Waffenlagers der Orgesch in Berlin geführt. Die bei Hehl beschlagnahmten Waffen waren aus einem leerstehenden Gebäude der früheren Feuerwerkerschule in Berlin, Lehrter Straße, abgeholt worden. Sofort angestellte Ermittelungen führten zur Entdeckung weiterer riesiger Waffenmengen (2000 Infanteriegewehre Modell 98 usw.) in demselben Gebäude. Angeblich soll eine Zeitfreiwilligenformation bei ihrer Auflösung vor 1½ Jahren ihre Waffen- und Munitionsvorräte dorthin gebracht haben.

Hehl gehörte früher einer Zeitfreiwilligentruppe an. Er war beim Kammergericht beschäftigt, aber seit dem Kapp-Putsch beurlaubt, weil ein Verfahren wegen Beteiligung am Putsch gegen ihn schwebte. So dient also den Kappverbrechern der Urlaub zur Organisierung neuer Putsche. Wirklich ein idealer Zustand in der Ebertrepublik. Die von der Stinnespresse in die Welt posaunten Märchen von der „Roten Armee" und ihren Aufmarschplänen sollen nur die Aufmerksamkeit von den Rüstungen der Reaktion ablenken. Die Arbeiterschaft läßt sich jedoch nicht täuschen.

Große öffentliche Wählerversammlung

Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr

Grünau: Restaurant Bellevue, Friedrichstraße.

Frauenversammlung

Dienstag, den 15. Februar, abends 7½ Uhr

Cöpenick: Aula der Dorotheenschule.

Brutalität gegen einen Arbeitslosen. Ein Familienvater von sieben Kindern, von denen das älteste 13 Jahre zählt, ist seit April vorigen Jahres arbeitslos. Er erhält an Unterstützung 180 M. Das reicht nicht zum Essen, geschweige zur Beschaffung von Kleidung. Alle seine Bemühung, von der Armenverwaltung usw. Kleider für seine Kinder zu bekommen, waren vergeblich. Er sah sich demzufolge außerstande, die Kleinen zur Schule zu schicken. Seine Tochter ließ sich, vom Hunger getrieben, verleiten, einige Lebensmittel zu stehlen. Nun begann eine wahre Jagd nach den Kindern. Schuldiener, Gerichtsboten, Kriminalbeamte, Fürsorgedamen und Pastoren kamen. Aber Kleider und Nahrungsmittel brachte keiner. Dafür wurde dem Aermsten eines Tags der Gerichtsbeschluß zugestellt, daß seine Kinder samt und sonders in Fürsorgeerziehung sollen. Und wenige Tage später kamen auch ein Herr, zwei ältere Damen und ein Knabe mit Kleidungsstücken beladen an, um die Kinder nach Zehlendorf zu bringen. Das war jedoch nur eine Durchgangsstation. Sie sind bald darauf nach Tannenhof bei Beiersdorf in Ostpreußen gebracht worden, so daß die Eltern nicht einmal mehr in der Lage sind, ihre Kinder gelegentlich zu besuchen. Vom Direktor der Anstalt Tannenhof erhielten sie jetzt ein Schreiben, daß die Kinder unaufhörlich vor Heimweh weinen.

Den kleinsten Jungen, einen Säugling, riß man von der Mutterbrust und brachte ihn nach dem Waisenhaus! Erst nachdem infolgedessen die Brüste der Mutter gefährlich anschwollen, wurde auf dringendes ärztliches Anraten das Kind wieder herausgegeben.

Viel grausamer waren die alten englischen Armengesetze auch nicht. Es fehlt nur noch, daß man Bettler und Obdachlose aufknüpft und in Preußen-Deutschland sind die mittelalterlichen Kulturzustände verwirklicht. Das wäre zugleich auch der beste Weg zur „Lösung der sozialen Frage" im Sinne des Professors von Gruber.

Die Stromversorgung Berlins. Die seit längerer Zeit geplante Umleitung, die das Kraftwerk Rummelsburg zur besseren Verteilung des von Golpa nach Berlin gelangenden Stromes mit dem Kraftwerk Moabit verbinden soll, wird jetzt als sogenannte Freileitung durch die Straßen Berlins geführt, und zwar folgt sie dem Zuge der freien Ringstraße im Norden Berlins durch die Ostsee-, Wisbyer, Bornholmer, Christiania- und Seestraße, in denen die breite Mittelpromenade eine für die Bewohner gefahrlose Aufstellung der Hochspannungsmasten gestattet. Diese Masten sind zum größten Teil aufgestellt. Es sind etwa 20 Meter hohe Gittermasten, an denen im oberen Drittel drei doppelseitige Ausleger von 6 bis 8 Meter Länge angebracht sind. Die Enden dieser Ausleger sind mit gläsernen Hochspannungsisolatoren versehen, an denen die Leitungsseile aus Aluminium zur Aufhängung gelangen. Mit Eintritt des warmen Wetters soll mit dem Spannen der Leitungsdrähte begonnen werden. Gleichzeitig ist zwischen Trattendorf und Friedrichsfelde, wohin die Zentralverteilung des nach Berlin gelangenden Fernstromes verlegt werden soll, eine neue Fernleitung gebaut worden, für die die Vorarbeiten im Gange sind. Während durch die Golpaleitung die in der Gegend von Bitterfeld befindlichen Braunkohlenfelder für die Stromversorgung der Berliner Industrie herangezogen werden, sollen durch die neue Leitung die Niederlausitzer Braunkohlenfelder den Berliner Stromverbrauchern nutzbar gemacht werden. Die Gesamtanlage soll im Laufe des kommenden Frühjahrs dem Betriebe übergeben werden.

Die Reaktion bei der Post. Der Vorsteher des Postamt SO 36, Postdirektor Petermann, ist ein Reaktionär reinsten Wassers. Das hatte er namentlich beim Kapp-Putsch bewiesen. Sein ganzes Bestreben ist darauf gerichtet, den Beamten- und Betriebsrat zu beseitigen. „Was geht mich der Betriebsrat und die Betriebsversammlung an!" Das ist die Richtschnur seines Handelns. Er erläßt Verfügungen, ohne den Betriebsrat vorher auch nur gehört zu haben. Als man deswegen mit ihm verhandeln wollte, wurde der Beamten- und Betriebsrat kurzerhand aus dem Zimmer gewiesen. Auf die daraufhin an die Oberpostdirektion vor gut einem Vierteljahr gerichtete Beschwerde ist bis zum heutigen Tage keine Antwort erfolgt. Es gewinnt demnach den Anschein, als ob auch die vorgesetzten Behörden das Vorgehen des wilhelminischen Postdirektors billigten. Es verlautet sogar, daß Mitglieder des Beamten- und Betriebsrates auf Antrag des Postdirektors wegen der Beschwerde bestraft werden sollen. Doch soll mit der Bestrafung bis nach den Wahlen gewartet werden!

Die Postbehörden werden sich sehr täuschen, wenn sie glauben, durch solche Nadelstichpolitik die Revolutionierung der Beamtenschaft aufhalten zu können. Die Beamten werden im Gegenteil den Rückwärtsern am Wahltag schon die richtige Antwort geben, indem sie nur Kommunisten wählen.

Kleine Lokalnotizen

Ein Kriminalbeamter als Betrüger. Der wegen eines ähnlichen Delikts mit 1½ Jahren vorbestrafte Kriminalwachtmeister Retzlaff und der gleichfalls vorbestrafte Buchhalter Kube hatten sich gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I erneut wegen eines Betrugsmanövers zu verantworten. Sie hatten einem Kaufmann im Schnellzug Berlin—Stendal einen Koffer mit 310 000 M. Wertpapieren „beschlagnahmt", weil das Geld angeblich ins Ausland verschoben werden solle. Sie behielten jedoch das Geld und den Koffer für sich. Durch die Anzeige des Betrogenen kam die Tat ans Licht. Retzlaff wurde zu 1 Jahr 3 Monaten, Kube zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Ein Unbekannter wurde in der vergangenen Nacht „Unter den Linden" von einem angeblichen Bäckergehilfen angerempelt und geriet mit diesem in Streit. Dabei erhielt er von seinem Gegner mit dem Regenschirm einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß er zu Boden stürzte und sich bei dem Fall einen Schädelbruch zuzog, der seinen Tod herbeiführte. Der Täter wurde verhaftet.

Im Streit erschossen wurde der Arbeiter Max Milting in der Schankwirtschaft Münzstr. 8. Er geriet mit dem Wirt Stefan Clavawatscha in Differenzen; dieser schoß auf ihn, so daß er auf der Stelle tot zusammenbrach.

Versammlungskalender

Mitgliederversammlungen

Mittwoch, den 16. Februar

Arbeitslosenversammlung der V.K.P.D. Großberlin, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer, Saal 2. Alle Genossen, die in der Wusterhausenerstraße stempeln lassen, müssen erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

1. Bezirk, Mitte. Gruppe D. In der Zeit von 7 bis 9 Uhr haben sich alle Parteigenossen, ohne Ausnahme, im Lokal von Lohan, Neue Jakobstr. 26, zu melden.

2. Bezirk, Moabit. Abends 7 Uhr treffen sich die Genossen des gesamten Bezirks in ihren Zahlabendlokalen. Es ist notwendig, daß alle Genossen erscheinen. — **Tiergarten, Gruppe Westen.** Abends 7.30 Uhr, in den bekannten Lokalen Extra-Zahlabend. Unbedingtes Erscheinen eines jeden Genossen ist notwendig.

3. Bezirk, Wedding. Sämtliche Frauen aus der ersten Gruppe haben an der Sitzung, die abends 7 Uhr im Gruppenlokal, Hennigsdorferstr. 37, stattfindet, teilzunehmen. — Abends 5 bis 6 Uhr haben sich sämtliche Gruppen ihr Wahlmaterial (Flugblätter, Stimmzettel) von Winkelsesser abzuholen. Die Ausgabe desselben an die Unterbezirke erfolgt abends zwischen 7 und 8 Uhr in den Gruppen-Lokalen. Die Verteilung hat im ganzen Bezirk am Donnerstag zu erfolgen.

4. Bezirk, Prenzlauer Tor. 2. Gruppe Mitgliederversammlung im Gesangssaal des Lyzeums, Greifswalderstr. 25. Anfang pünktlich 7 Uhr. Erscheinen aller dringend notwendig. — 3. Gruppe (ehemalige 5. Abteilung). Abends 7 Uhr: Extra-Zahlabend. Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

5. Bezirk, Friedrichshain. Gruppe Stralau. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Hohenlohestraße. Vorbesprechung zu den Wahlen. — Gruppe Strausberger Platz. Abends 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Böker, Weberstr. 17.

6. Bezirk, Hallesches Tor. Gruppe F. Extra-Zahlabend abends 7 Uhr. Stadtbez. 68 A u. B, 70—75 B, bei Lange, Gneisenaustr. 36. Stadtbez. 76 A u. B, 77 a/b, bei Ady, Fichtestr. 24. Stadtbez. 76 C, 78 A u. B, bei Schulz, Jahnstr. 1, Ecke Urbanstr. Stadtbez. 73 C bei Lorenz, Bockhstr. 45, Ecke Gräfestr. Vorstand und Bezirksführer heute Dienstag, 7 Uhr, bei Ady, Fichtestr. 24. — Abends 7 Uhr Extra-Zahlabend in allen Unterbezirken. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen. — Um 5.30 Uhr wichtige Besprechung aller Literatur- und Zeitungsobleute, sowie Straßenführer der Gruppen und auch der Unterbezirke bei Willing, Adalbertstr. 74. Alle Gruppen und Unterbezirke müssen unbedingt vertreten sein, da wichtiges Material zur Ausgabe gelangt.

7. Bezirk, Charlottenburg. Gruppe 1. Abends 7 Uhr Zahlabend im Volkshaus, Rosinenstr. 4. — Gruppe 2. Abends 7.30 Uhr, Zahlabend A und C Bezirk in den bekannten Lokalen. — 7. Gruppe. Zahlabend, 7.30 Uhr, bei Thunack, Wielandstr. 4.

11. Bezirk, Schöneberg-Friedenau. Abends 7.30 Uhr, Informationsabend in allen Unterbezirken in den bekannten Lokalen.

13. Bezirk, Tempelhof, Mariendorf usw. Funktionärsitzung, abends 7 Uhr, bei Hennig, Tempelhof, Manteuffelstr. 45. Alle Kommissionsobleute, Gruppen- und Untergruppenführer müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung!

14. Bezirk, Neukölln, Britz, Buckow, Rudow. Abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in Kliems Festsälen, großer Saal. Mitgliedsbuch legitimiert. Tagesordnung: Aufbau und Taktik der Partei.

16. Bezirk, Köpenick. Abends 5.30 Uhr, müssen alle Gruppenmitglieder in ihren Gruppenlokalen anwesend sein zwecks Erledigung wichtiger Parteiarbeit. Niemand darf fehlen! Der Funktionärkursus am Freitag fällt aus.

17. Bezirk, Lichtenberg. Abends 7 Uhr, in allen Gruppen Flugblattverteilung und anschließend eine kurze Zusammenkunft zwecks Einteilung der Wahlarbeit in den bekannten Lokalen. — Abends 6 Uhr, Betriebsfraktion der städtischen Betriebe in der Albrechtsdiele, Neue Bahnhofstraße. Die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe holen am Montag, den 14. Februar, Plakate ab von Glaser, Gürtelstr. 11.

19. Bezirk, Pankow. Gruppe Niederschönhausen. Mitgliederversammlung, abends 7.30 Uhr, bei Mutis, Eichenstr. 70. Tagesordnung: Stellungnahme zur Landtagswahl. — Abteilung Nord. Abends 7 Uhr, Zusammenkunft aller Untergruppen in den bekannten Lokalen. Tagesordnung: Die Landtagswahl.

20. Bezirk, Reinickendorf. Fraktionssitzung der Bezirksverordneten der V.K.P.D., Freitag, 4.30 Uhr, Realgymnasium, Berner Straße.

Ortsgruppe Nowawes. Abends 7.30 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Hienke, Wallstraße.

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Schäfer, Berlin-Steglitz. Für den Anzeigenteil: Richard Nowakowski, Berlin-Pankow. Verlag: „Die Rote Fahne", Berlin S 14, Stallschreiberstr. 34/35. Buchdruckerei: „Die Rote Fahne", Alte Jakobstraße 45.

Ausgabe- und Inseraten-Annahme-Stellen der „Roten Fahne"

sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) A.-G.

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 5-6, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstr. 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 31, Hof rechts parterre. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Markusstr. 36, Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. — Kopernikusstr. 29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14-15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Geöffnet von 9-6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wesren: Paul Gurth, Lutherstr. 19a, Laden.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 8. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof: Spethmann, Bismarckstr. 4.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 179.
Bernau, Röntgenthal, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Paradies"
Buchholz, Blankenburg: W. Pasora, Buchholz, Bahnhofstraße 24.
Charlottenburg I: Sesenheimer Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg: C. Girtzig, Leibnitzstr. 72.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 14
Charlottenburg III: Albert Joachimi, Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—5 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Str. 10.
Eggersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10
Eichwalde, Schmöckwitz: Schröder, Bahnhofstr. 78.
Erkner: Albert Zernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Kreßke, Waldstr. 26.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwasser, Petershagen.
Friedrichshagen, Hirschgarten: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Georg-Wilhelm-Str. 2.
Herzfelde: Martin Smolibowski.
Hennigsdorf: Emmulat, Rathenaustr. 7.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Heubigstr. 32, vorn parterre.
Kaulsdorf: W. Scholz, Giesestr. 30.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme: Friedr. Banmann, Königs-Wusterhausen, Luckenwalder Str. 5.
Köpenick: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62. Geöffnet von 9—5 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185 Laden.
Lichtenrade: Max Salzmann, Siedlung, Heimweg 8.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 3.
Lichterfelde-West: Schaedel, Köhlerstr. 41.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 39.
Mahlow: Frau Reuter, Glasowstr. 1.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 23.
Marienfelde: Arndt, Berliner Str. 82.
Neuenhagen: Wenzke, Ziegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28-29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartramp, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: G. Schliebener, Treskowstr. 14.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Loenhardt, Stralsunder Str 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Rißmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: M. Bierlich, Schockstr. 28.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstr. 56 (Laden).
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Rosenthal: W. Burs, Prinz-Heinrich-Straße 54.
Schmargendorf: Nehab, Breite Str. 3.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Senzig: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 92c.
Spandau: Wilh. Bullack, Moritzstr. 14, Gartenh.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Steglitz: Gehricke, Schildhornstr. 12.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe, Borgsdorf und Hohenneuendorf: Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 9.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Treptow: Gramez, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Berliner Allee 54.
Wildau-Hohenlehme: Rud. Settow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Arthur Schiefke, Wilhelmshagen, Dernburgstr. 21.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 43.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Annastr. 10.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Albert Stein, Mittenwalder Str. 17.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.

Bestellschein

Ich abonniere ....

die „Rote Fahne" in Groß-Berlin täglich frei ins Haus für 10 Mark, als Monats-Abonnement für Februar.

Name: ....

Wohnung: ....

....

.... Straße Nr. ......

bei ....

vorn ...... Hof — Quergeb. — Seitenflügel.

...... Treppen links — rechts.